

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

**1. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/722 —**

**2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Egon Susset,
Meinolf Michels, Dietrich Austermann, Peter Bleser,
Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Albert Deß,
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Dr. h. c. Adolf Herkenrath,
Siegfried Hornung, Ulrich Junghanns, Bartholomäus Kalb,
Hans-Ulrich Köhler (Hainspitz), Dr. Rudolf Karl Krause (Bonese),
Günter Marten, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Dr. Hedda Meseke,
Günther Scharz (Trier), Jochen Borchert, Hartmut Büttner (Schönebeck),
Rosemarie Priebus, Rudolf Kraus, Heinz-Jürgen Kronberg, Helmut Lamp,
Karl-Josef Laumann, Walter Link (Diepholz), Dr. Reinhard Meyer zu Bentrup,
Dr. Peter Ramsauer, Kurt J. Rossmanith, Hans Peter Schmitz (Baesweiler),
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten,
Reinhard Freiherr von Schorlemer, Dr. Fritz Wittmann, Elke Wülfing, weitere
Abgeordnete und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten
Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Paintner, Jürgen Türk und der
Fraktion der FDP
— Drucksache 12/729 —**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksachen 12/70, 12/71 —**

Agrarbericht 1991

Agrar- und ernährungspolitischer Bericht der Bundesregierung

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag — Drucksache 12/722 — abzulehnen,
2. den Entschließungsantrag — Drucksache 12/729 — unverändert anzunehmen.

Bonn, den 25. September 1991

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Siegfried Hornung

Vorsitzender

Günther Bredehorn

Berichterstatler

Bericht des Abgeordneten Günther Bredehorn

I.

1. Beratungsgang

Bei der Beratung des Agrarberichtes 1991 der Bundesregierung in der 30. Sitzung des Deutschen Bundestages am 12. Juni 1991 haben die Fraktion der SPD einerseits sowie die Abgeordneten Egon Susset, Meinolf Michels, Dietrich Austermann u. a. und die Fraktion der CDU/CSU sowie die Abgeordneten Ulrich Heinrich, Günther Bredehorn, Johann Painter, Jürgen Türk und die Fraktion der FDP andererseits je einen Entschließungsantrag eingebracht, die in der gleichen Sitzung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend und zur Mitberatung an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Gesundheit, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Haushaltsausschuß überwiesen worden sind.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 9. Oktober 1991 beraten und die Empfehlung an den federführenden Ausschuß beschlossen, den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/722 — abzulehnen und den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/729 — anzunehmen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Entschließungsanträge in seiner 24. Sitzung am 18. September 1991 beraten und ebenfalls die Ablehnung des Entschließungsantrags — Drucksache 12/722 — und die Annahme des Entschließungsantrags — Drucksache 12/729 — empfohlen.

Der Ausschuß für Gesundheit hat die Entschließungsanträge in seiner 15. Sitzung am 16. Oktober 1991 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Nichtanwesenheit des Mitglieds der Gruppe der PDS/Linke Liste den Entschließungsantrag — Drucksache 12/722 — abzulehnen und den Entschließungsantrag — Drucksache 12/729 — anzunehmen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 18. September 1991 beraten und empfiehlt mehrheitlich, den Entschließungsantrag in Drucksache 12/722 abzulehnen und den Entschließungsantrag in Drucksache 12/729 anzunehmen.

Der Haushaltsausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner Sitzung am 16. Oktober 1991 beraten und empfiehlt mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Entschließungsantrag — Drucksache 12/722 — abzu-

lehnen sowie dem Entschließungsantrag — Drucksache 12/729 — mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zuzustimmen.

Der federführende Ausschuß hat die Entschließungsanträge in seiner 16. Sitzung am 25. September 1991 beraten.

2. Inhalt der Vorlage

2.1

Mit dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD solle der Deutsche Bundestag feststellen, daß u. a.

- eine Reform der Agrarpolitik in Deutschland und in der EG überfällig sei, um der krisenhaften Entwicklung mit explodierenden Kosten, ärmer werdenden Bauern und zunehmenden Belastungen des Naturhaushalts wirksam entgegen zu steuern;
- es der Bundesregierung mit ihrer Politik nicht gelungen sei, eine zufriedenstellende Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft zu erreichen;
- in der EG die Überschüsse schneller denn je wachsen, so daß die Kosten für die Lagerhaltung und Verbilligung von Agrarprodukten sowie für den subventionierten Export explodierten;
- trotzdem ein Großteil der Landwirte immer ärmer werde und
- aufgrund des dramatischen Preisverfalls sich immer mehr Landwirte für eine Aufgabe des Betriebes entschieden;
- die wachsenden Belastungen der Gewässer mit Nitrat und Pflanzenschutzmitteln, das Fortschreiten des Artensterbens, ausgeräumte Landschaften sowie wachsende Ängste der Verbraucher um die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Nahrungsmitteln Folgen der verfehlten Agrarpolitik seien;
- die Bundesregierung bisher hierfür kein schlüssiges Konzept gefunden habe, sondern im wesentlichen eine Fortsetzung der derzeitigen Politik betreibe und nicht ernsthaft eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik in Brüssel eingefordert habe;
- die Reformvorstellungen der Bundesregierung sich auf rein mengenorientierte Problemlösungen mit den Instrumenten der Flächenstillegung und der Förderung des Energiepflanzenanbaus beschränken;

- auch die von der Bundesregierung betriebene Quotenregelung die notwendige Stabilisierung der Märkte und die versprochene Stabilisierung der Einkommen der Milchbauern bisher nicht gebracht habe;
- in den neuen Bundesländern die notwendige Umstrukturierung der Landwirtschaft in vielen Fällen chaotisch verlaufe, so daß soziale Probleme, wachsende Spekulationen, Umweltschäden und Zerstörung der Wirtschaftskraft dünnbesiedelter ländlicher Räume Realität seien.

Die Bundesregierung solle mit dem Entschließungsantrag aufgefordert werden, u. a.

- sich im Rahmen der notwendigen EG-Agrarreform und den anstehenden GATT-Verhandlungen dafür einzusetzen, durch direkte, produktionsunabhängige Einkommensübertragungen zukünftig ein Großteil der Subventionen gezielter, sozial gerechter und einkommenswirksamer direkt landwirtschaftlicher Familien zugute kommen zu lassen und zur Sicherung einer vielfältigen, umweltverträglichen Landwirtschaft beizutragen, die bisher durch einseitige Preisstützung und Export von Überschüssen verbundenen Mittel stufenweise zurückzuführen und verstärkt für eine ökologische Umstrukturierung der Landwirtschaft zu verwenden;
- der Extensivierung und Umstellung auf naturnahe Wirtschaftsweisen vor der Stilllegung von Flächen und Betrieben Vorrang zu geben;
- eine wirkliche Reform der agrarsozialen Sicherung beizuführen, bei der die Beiträge zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung (LKV) und die Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Altershilfe (LAH) den tatsächlich erzielten positiven Einkünften entsprechen;
- die soziale Sicherung der Landfrauen und mitarbeitenden Familienangehörigen durch eigenständige Rentenansprüche zu verbessern;
- flächenbezogene Tierhaltung und artgerechte Haltungsformen durchzusetzen sowie die Gen- und Biotechnologie und den Anbau nachwachsender Rohstoffe nur in einer sozial- und umweltgerechten Landbewirtschaftung zuzulassen;
- das Bundesnaturschutzgesetz unter Beachtung ökologischer Erfordernisse und Einführung von Ausgleichsregelungen bei erhöhten Naturschutzauflagen zu novellieren;
- einen flächendeckenden Gewässer-, Boden- und Naturschutz zu realisieren und umweltbelastende Produktionsmittel zu verbieten oder zu verteuern;
- mindestens 10 % der Fläche in ein Biotop- und Verbundsystem einzubringen;
- in den neuen Ländern allen Eigentums- und Wirtschaftsformen Chancengleichheit einzuräumen;
- über die Entschuldung von Altkrediten landwirtschaftlicher Betriebe zügig zu entscheiden und den

nicht ausreichenden Entschuldungsrahmen auszuweiten;

- eine berufliche Qualifizierungsoffensive durchzuführen;
- volkseigenen Grund und Boden vorrangig zur Entwicklung der Landwirtschaft und ländlichen Räume einzusetzen und sich dabei erfahrener Institutionen bei den Neuordnungsmaßnahmen im ländlichen Raum zu bedienen;
- die Erzeugung und Vermarktung umweltverträglich produzierter Nahrungsmittel zu fördern sowie den Ausbau leistungsfähiger Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen vorrangig zu unterstützen;
- infrastrukturellen Maßnahmen in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, die Dorferneuerung, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Naturschutz, angesichts der strukturellen und beschäftigungspolitischen Situation in den Dörfern und ländlichen Räumen der neuen Länder höchste Priorität einzuräumen.

2.2

Durch den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/729 — soll vom Deutschen Bundestag zunächst festgestellt werden, daß u. a.

- die Gewinne der landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetriebe in den alten Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1989/90 zwar noch angestiegen sind, für das laufende Wirtschaftsjahr 1990/91 jedoch wieder mit einem drastischen Gewinnrückgang zu rechnen ist;
- der Einkommensabstand zu anderen Wirtschaftsbereichen sich im laufenden Wirtschaftsjahr wieder ausgeweitet habe;
- der Preisdruck zu einer unbefriedigenden Einkommenssituation geführt hat, ohne das preismindernde Überschußproblem zu beseitigen;
- die unbefriedigende Einkommensentwicklung infolge der angekündigten Reform der EG-Agrarpolitik und der GATT-Verhandlungen verschärft wird;
- die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern einen einschneidenden Umstrukturierungsprozeß und gewaltige Anpassungsprobleme zu meistern hat.

Außerdem soll der Deutsche Bundestag anerkennen, daß u. a.

- die Bundesregierung den Anpassungs- und Umstrukturierungsprozeß der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern mit Maßnahmen der Markt-, Struktur- und Sozialpolitik unterstützt hat und weiter fördert;
- die Bundesregierung in diesem Zusammenhang umfangreiche finanzielle Hilfen für die Neugründung selbständiger landwirtschaftlicher Betriebe

und von privaten Kooperationen zur Verfügung gestellt hat und weiter bereitstellt;

- die Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes eine Orientierung für den schwierigen Anpassungsprozeß der landwirtschaftlichen Betriebe gibt;
- die Bundesregierung in den alten Bundesländern mit der Beseitigung des Referenzmengenüberhangs und der Flexibilisierung der Garantiemengenregelung wichtige Maßnahmen zur Sanierung des Milchmarktes ergriffen hat;
- Regelungen zum Bezeichnungsschutz im Milch- und Margarinegesetz im Interesse der Verbraucher geschaffen worden seien;
- die Bundesregierung durch das Forstschädenausgleichsgesetz und eines Hilfsprogrammes in Höhe von 600 Mio. DM die im Jahre 1990 belastete Forstwirtschaft unterstützt hat;
- mit dem Gesetz über den Forstabsatzfonds die zentrale und effiziente Absatzförderung beim Holz fortgesetzt werden kann;
- im Weingesetz eine Ertragsregulierung, die zulässige Verwertung von Übermengen und das Verwendungsverbot von Rektifizierten Traubenmostkonzentrat erlassen worden ist;
- mit dem Vierten Agrarsozialen Ergänzungsgesetz mehr Beitragsgerechtigkeit und eine bessere Alterssicherung der Landwirte erreicht ist;
- die Bundesregierung große Anstrengungen unternommen hat, zu einer Stabilisierung der Einkommen beizutragen und den schwierigen Anpassungsprozeß in der Landwirtschaft abzufedern;
- im Rahmen der Preisbeschlüsse für das Wirtschaftsjahr 1991/92 die von der Bundesregierung vertretene Strategie der Mengenbegrenzung bei den übrigen Mitgliedstaaten Zustimmung gefunden hat, und damit eine konstruktive Basis sowohl für die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik als auch für die GATT-Verhandlungen geschaffen werden konnte.

Die Bundesregierung wird durch den Antrag aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß insbesondere

- zur Mengenrückführung bei Milch ein an den Marktmöglichkeiten orientierter Quotenherauskauf der EG mit Gemeinschaftsmitteln durchgeführt wird;
- die Mitverantwortungsabgabe für Milch sobald wie möglich abgeschafft wird;
- im Rahmen der GATT-Verhandlungen ein ausreichender Außenschutz der EG-Landwirtschaft aufrecht erhalten wird und GATT-bedingte Einkommenseinbußen der landwirtschaftlichen Betriebe ausgeglichen werden;
- eine ausgewogene und sachbezogene Neuorientierung der Agrarpolitik unter maßgeblicher Betonung mengenbegrenzender und absatzfördernder Maßnahmen zur Marktentlastung eingeleitet wird;

— die Politik der Produktionsrückführung vor allem über Flächenstillegung, Extensivierung sowie Umwidmung von landwirtschaftlichen Flächen verstärkt wird, um so eine wirksame Marktentlastung in der EG zu bewirken;

- die EG-Kommission als Maßnahmen zur Absatzförderung die Mehrverwendung von Getreide im Futtersektor sowie eine verstärkte Förderung nachwachsender Rohstoffe vorschlägt;
- für die deutsche Landwirtschaft gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EG geschaffen werden;
- die EG-Harmonisierung bei der Zulassung und Anwendung von Pflanzenschutz, Düngung, Energie und anderen Betriebsmitteln vorangetrieben werde;
- die hohen Qualitätsstandards für deutsche Nahrungsmittel EG-weit gesichert werden.

Die Bundesregierung wird des weiteren aufgefordert, u. a.

- in den alten Bundesländern eine weite Flexibilisierung der Garantiemengenregelung Milch voranzutreiben;
- im gesamten Bundesgebiet die Reform des agrarsozialen Sicherungssystems unter Einschluß einer besseren sozialen Sicherung der Bäuerinnen anzustreben;
- die Hilfen im Rahmen der 3%igen Umsatzsteuerregelung und des sozio-strukturellen Einkommensausgleichs so umzugestalten, daß sie EG- und GATT-konform sind;
- auf der Absatzseite alle Möglichkeiten der Marktentlastung, insbesondere die verschiedenartigen Absatzchancen für nachwachsende Rohstoffe zu erschließen;
- zur Verbesserung des Umweltschutzes spezielle Verwendungsgebote für Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen, z. B. Treib- und Schmierstoffe, einzuführen;
- den Einsatz nachwachsender Rohstoffe steuerlich zu begünstigen.

Schließlich soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung in ihren Bemühungen bestärken, insbesondere

- ein integriertes Konzept zur Weiterentwicklung und Förderung des ländlichen Raumes vorzulegen;
- bei der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes eine finanzielle Ausgleichsregelung bei einkommensmindernden Nutzungsbeschränkungen in das Gesetz aufzunehmen und die Finanzierung durch die Bundesländer abzusichern;
- zu prüfen, ob durch eine Novellierung des Absatzfondsgesetzes eine breitere Produktpalette umfaßt, eine stärkere Ausrichtung auf die Produktqualität ermöglicht und mehr Flexibilität bei der Beitragsgestaltung erreicht werden kann.

3. Beratung im Ausschuß

Bei der Beratung der Vorlagen in der 16. Sitzung des federführenden Ausschusses gingen die Fraktionen übereinstimmend davon aus, daß nach der Aussprache im Plenum anläßlich der Überweisung kein Aussprachebedarf mehr vorliege.

Die jeweils unterschiedlichen Bewertungen der Fraktionen seien als bekannt vorausgesetzt. Im übrigen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Datenlage sich fortentwickelt habe.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/722 — wurde bei Zustimmung der Abgeordneten der Fraktion der SPD durch die Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (2:7)

— bei Abwesenheit der Gruppe der PDS/Linke Liste — abgelehnt.

Dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/729 — wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD (7:2) — bei Abwesenheit der Gruppe der PDS/Linke Liste — zugestimmt.

II.

Der Ausschuß bittet den Deutschen Bundestag daher, den Entschließungsantrag — Drucksache 12/722 — abzulehnen und dem Entschließungsantrag — Drucksache 12/729 — zuzustimmen.

Bonn, den 25. September 1991

Günther Bredehorn

Berichterstatler

